

Haushaltsrede zum Haushalt 2009 am 10.12.2008 Rede Landrat Günter Rosenke

Anrede,
wenn es darum geht, die notwendige Entwicklung des ländlichen Raumes sicherzustellen, dann müssen wir gemeinsam den Gesetzgeber fordern, Politik, Verwaltung, Landrat und die 11 Bürgermeister.

Da macht es wenig Sinn wenn sich Kommunen gegen den Kreis, Kreis gegen Land und Landschaftsverband getrennt und in verschiedene Richtungen aufbäumen und artikulieren.

Unser gemeinsames Bestreben muss es sein, für die Menschen, die auf dem Land wohnen gleichwertige Lebensbedingungen wie für die Bewohner in den Städten und Ballungsräumen zu fordern.

Das betrifft nicht nur die Arbeitsplätze oder Schulen, sondern die gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur.

Wir müssen gemeinsam verhindern, dass eine Abwärtsspirale auf Grund der demografischen Veränderungen in unserem ländlichen Kreis einkehrt.

Hierzu gehört auch die Beantwortung der Frage, wie kommunale Infrastruktur bei abnehmender Bevölkerung finanzierbar gehalten werden kann.

Hier muss, nach meinem Dafürhalten, unbedingt auch im Finanzausgleichsystem des Landes stärker die Fläche als Bedarfsindikator in den Blick genommen werden.

Wenn man gleichwertige Lebensverhältnisse will, muss man die Kommunen als Verantwortliche für die Flächeninfrastruktur entsprechend dieser Aufgaben ausstatten.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht die Aufgabe des Kreises und diese Problematik lässt sich nicht – wie manch ein Bürgermeister glaubt – über die Kreisumlage oder einzig und allein über Sparmaßnahmen im Kreishaushalt regeln bzw. lösen.

Da müssen alle in das Boot einsteigen und nachweisbar deutlich machen, dass sie das praktizieren, was von anderen gefordert wird.

Heute wird der erste doppelte Haushalt des Kreises Euskirchen beschlossen – ein geradezu historischer Moment - könnte man meinen.

Die Kameralistik ist Vergangenheit.

Ich freue mich, dass es **uns**, damit meine ich ausdrücklich Politik und Verwaltung, gelungen ist, diese erste Runde im Neuen Kommunalen Finanzmanagement – kurz: NKF – ohne Probleme zu bewältigen.

Hinter uns liegen, nach meiner Wahrnehmung, sehr konstruktive und harmonische Beratungen in den Ausschüssen – dafür sprechen auch die fast ausschließlich einstimmigen Beschlussempfehlungen.

Die Fraktionen haben zu den Fachausschusssitzungen den Haushalt intensiv vorberaten können.

Der Kämmerer, der von allen Fraktionen zur Haushaltsplanberatung eingeladen war, hat mich über das große Engagement und das hohe Interesse der Kreistagsabgeordneten am neuen Haushalt informiert.

Das hat mich froh gestimmt, weil es auch eine Anerkennung für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, wenn sich die Politik nicht nur oberflächlich mit dem umfassenden Arbeitswerk beschäftigt.

Ich möchte mich an dieser Stelle, auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Sachlichkeit, von der die Haushaltsplanberatungen bis heute geprägt waren, ausdrücklich bedanken.

Ich erlaube mir, die Hoffnung auszudrücken, dass dies auch so bleibt.

Zum NKF ist viel geschrieben und gesagt.

Ich möchte mich daher heute kurz fassen und nicht das wiederholen, was Sie eh' schon wissen.

Aber dennoch möchte ich mit einigen Worten zur Eröffnungsbilanz, die mit zum Hauptthema der Beratungen gehörte, aber auch das Hauptthema bei den Bürgermeistern war, erläuternd Stellung beziehen.

Wir haben dem Haushaltsentwurf einen aktuellen Bearbeitungsstand zur Eröffnungsbilanz beigefügt.

Der Entwurf schließt zum 30.09.2008 mit einem negativen Saldo von 15 Mio. €.

Der Kämmerer hat in den Fraktionen angekündigt, wie wir, die Verwaltung, mit dieser Situation umzugehen gedenken.

Da es sich aber um nichtöffentliche Fraktionssitzungen gehandelt hat, möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch in öffentlicher Sitzung klarzustellen, wie es jetzt weitergeht:

Grundlage unserer Vermögensbewertung war das Ziel, eine möglichst geringe Abschreibung zu erzeugen, damit daraus auch eine möglichst geringe Kreisumlage resultiert.

Dies führt natürlich auch zu geringeren Vermögenswerten.

Wir werden daher die vorliegenden Bewertungsentwürfe daraufhin überprüfen, ob durch abweichende Nutzung von Bewertungsspielräumen letztlich ein negatives Eigenkapital vermieden werden kann.

Dies mag zwar zu erhöhter Abschreibung und Kreisumlage führen, ist aber auch für unsere Städte und Gemeinden das kleinere Übel gegenüber einem Negativsaldo, das ansonsten kurzfristig durch Überschussveranschlagung bei der Kreisumlage auszugleichen wäre.

Beim zweiten Punkt, den wir komplett neu zu überprüfen haben, handelt es sich um die so genannten Sonderposten für Zuwendungen im Kreisstraßenbereich.

Die bisherigen Werte basieren auf der Ermittlung von Quoten, die sich aus den Jahresrechnungen ergeben und die auf alle Straßen angewandt werden sollten.

Vorteil wäre auch hier eine geringere Kreisumlage gewesen, da diese ja durch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten massiv entlastet wird.

An diesem Punkt zeigt sich aber bereits jetzt, dass wir, nachdem das Innenministerium im Oktober eine neue, mehr als 1.000 Seiten dicke Handreichung zum NKF veröffentlicht hat, wohl nicht umhin kommen werden, anstelle eines quotalen Verfahrens für jede Straße zu prüfen, ob wir das Bestehen einer Zuwendung nachweisen können.

Dies wird insbesondere bei älteren Straßen schwierig werden.

Ich bin vom Kämmerer heute noch informiert worden, dass die Höhe der Sonderposten dadurch erheblich geringer ausfallen wird als bisher kalkuliert.

Auch wenn wir aktuell noch keine Größenordnung nennen können, da die ersten Ermittlungen noch sehr grob sind, ist aber die Wahrscheinlichkeit groß, dass am Ende ein positives Eigenkapital stehen wird.

Sollten sich positives Eigenkapital und damit eine Ausgleichsrücklage bei der Feststellung der Eröffnungsbilanz bestätigen, so möchte ich bereits heute zusichern, dass ich Ihnen, dem Kreistag, vorschlagen werde, diese ebenso wie bei RWE-Aktien und dergleichen gemeindefreundlich einzusetzen.

Dass wir uns überhaupt mit der Frage beschäftigen müssen, ob wir Eigenkapital haben, hat natürlich einen Grund, den ich bereits bei der Haushaltsvorstellung genannt habe: Ich muss immer wieder daran erinnern!

Die sehr gemeindefreundliche Kreisumlage der vergangenen Jahre ist nur durch Vermögensinanspruchnahme einerseits und durch Nichttilgung innerer Darlehen andererseits zustande gekommen.

Sie wissen, dass ich mich immer für eine Tilgung ausgesprochen habe.

Für eine Rückzahlung der Schulden, die wir für unsere Bürgerinnen und Bürger aufgenommen haben; so wie es der verantwortungsvolle Familienvater auch tun muss!

Wir werden uns eines Tages bei unseren politischen Nachkommen dafür entschuldigen müssen, dass wir uns nicht entschuldet haben.

Anrede,
mit der zum Kreistag vorgelegten Veränderungsliste ergibt sich ein Hebesatz von 50,78%. Eine leichte Steigerung gegenüber unserem Entwurf.

Natürlich gefällt es auch mir nicht, dass die Soziallasten in den letzten Jahren so angestiegen sind.

Und in den Haushaltsdiskussionen ist sehr deutlich geworden, dass diese Entwicklung fraktionsübergreifend bedauert wird.

Gleichzeitig fasse ich die Reaktionen aus den Ausschüssen so zusammen, dass wir einen soliden, transparenten, sparsamen und realistischen Haushalt 2009 aufgestellt haben.

Der Hebesatz von 50,78% bedeutet immerhin noch eine Senkung von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem Hebesatz des Jahres 2008 von 51,08%.

Die Verwaltung insgesamt hat auch schmerzhaft Veränderungen hinnehmen müssen.

Der geringere, disponible Teil der Ausgaben des Gesamthaushaltes beinhaltet natürlich auch die Personalkosten.

Im Jahre 2006 wurde ein Personalausgabeneinsparkonzept beschlossen.

Folge ist, dass gegenüber der ursprünglichen Planung und politischen Forderung von 1,5 Mio € bisher ca. 2,7 Mio. € an Personalkosten eingespart werden konnten.

Erwähnt werden darf in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung das politisch gesetzte Ziel um gut 1 Mio. € übererfüllt hat.

Das war nicht einfach, da hat manch einer in dieser Verwaltung ohne auf seine Gesundheit, Freizeit oder Familie zu achten seine Arbeitsleistung mehr als erfüllt.

Nur ein Blick auf den Stellenplan reicht hier nicht aus, denn dieser weist ja durch äußere Einflüsse, Versorgungsamt Aachen und Umweltamt Bez.Reg. Köln, ein mehr von ca. 15 Stellen aus.

Ich denke, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür Lob, auch durch die Politik, verdient haben, denn von meinem allg. Vertreter bis zum Hausmeister sind alle von diesen Sparmaßnahmen durch Mehrarbeit betroffen.

Ist es uns, den Mitarbeitern dieser Verwaltung und den Gremien der Politik des Kreises, nicht auch einmal gestattet stolz zu sein?

Stolz auf die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit von Politik und Verwaltung unter immer schwieriger werdenden finanziellen Bedingungen?

Stolz darauf, dass man trotz Unterstellungen und Anfeindungen von außerhalb des Kreishauses ruhig, gelassen, ergebnisorientiert und erfolgreich sich den gestellten Aufgaben gewidmet hat.

Ergebnisse erzielt hat, die sich innerhalb und außerhalb unseres Kreises sehen lassen können.

Aha-Effekte und hohe Anerkennung sozusagen am laufenden Band erhält.

Die Schnelligkeit der Umsetzung mancher Verfahren die Mitgestalter und Partner schwindelig macht – siehe Vogelsang!

Das sind wir alle, meine Damen und Herren und das sollten wir uns nicht selbst vermiesen und auch nicht von anderen vermiesen lassen.

Denken Sie nur an die schwierigen aber erfolgreich beendeten Projekte wie:

- Das eingangs erwähnte Projekt NKF, welches von Ihnen und den Mitarbeitern über mehrere Jahre zusätzliche Belastungen forderte.
- Oder der Schlüssel für die ÖPNV-Umlage, die Marktorientierte Direktvergabe (MoD), die Tourismus GmbH,
- die Vorbereitungen für den Landesentwicklungsplan IV, die Weiterentwicklung auf Vogelsang,
- auch zu nennen in dieser Aufzählung sind KIBIZ, Pandemieplan oder auch die schwierigen und langatmigen Verhandlungen für den Vertrag mit dem Museum Blankenheim, der in der nächsten Woche unterzeichnet wird.

Aber wir haben überhaupt keine Veranlassung die Hände in den Schoß zu legen.

Zukunftsaufgaben warten ebenfalls darauf nicht nur angepackt sondern auch umgesetzt zu werden:

Ja, auch Vorbereitungen für eine interkommunale Zusammenarbeit sind getroffen und werden in einer Januar-Sitzung fortgesetzt werden.

Auch wenn dieses Thema nicht ganz ohne negative Einschätzungen angegangen wird – wir packen es an -.

Ich komme an anderer Stelle noch mal darauf zurück.

Ohne die intensiven Vorbereitungen zum Thema Demografie werden wir die daraus erwachsenen Auswirkungen nicht heben können

– auch hier, wie auch beim Thema Schulentwicklungsplanung oder Kindergartenwesen binden wir zusätzlich vorhandenes Personal, welches für andere Aufgaben dann konsequenterweise weniger zur Verfügung stehen kann.

Keiner von uns wird ein Ende sehen beim Thema Hartz IV, denn die Vorbereitungen für die ARGE-Neuorganisation laufen ebenso an.

Sie sehen, wir bleiben nicht stehen und stehen nicht im Weg, nein, die Welt im Kreis Euskirchen entwickelt sich weiter.

Wenn nun heute ein weiterer Personalreduzierungsantrag zur Abstimmung steht, dann werden wir als Verwaltung selbstverständlich alles versuchen, auch das neue Ziel zu erreichen.

Es kann aber nicht sein, dass im gleichen Atemzug politische Anträge auf Personalmehrung gestellt werden, die die ohnehin nicht leichte Zielerreichung zusätzlich erschweren.

Anrede,
konkret eingehen möchte ich noch auf die vorab in der Presse veröffentlichte Stellungnahme einer Fraktion.

Ich teile einiges, was dort zitiert wird, Kreisumlage und Schulden senken, insbesondere auch die Bewertung, dass wir um die sozialen Lasten nicht herumkommen, und die Forderung nach einem Vorschriftenabbau.

Hoffentlich ist dieses Begehren auch weiter nach Düsseldorf in die entsprechende Fraktion geleitet worden!!

Ich bin allerdings **nicht** der Meinung, dass das verstärkte Abgeben von Aufgaben an einzelne Gemeinden ein Allheilmittel oder eine wirkliche Problemlösung für die Bürgerinnen und Bürger darstellt.

Welchen finanziellen oder praktischen Vorteil hat z.B. der Bürger aus Zülpich, wenn die Baugenehmigungsbehörde für die Bürger aus Zülpich nicht mehr die Kreisverwaltung sondern die Stadt Mechernich ist?

Ich bin **nicht** davon überzeugt, dass die bisher defizitäre Baugenehmigungsbehörde Mechernich durch die Übernahme der Bauanträge aus Zülpich demnächst schwarze Zahlen schreibt.

Angesichts der Synergieeffekte in größeren Einheiten ist vielmehr eine intensive Betrachtung möglicher einzelner Aufgabenübertragungen angezeigt.

Ob dann aber auch der Wille auf gemeindlicher Seite vorhanden ist, ist eben die Frage.

Das Beispiel des Jugendamtes, das die Städte im Kreis bisher nicht übernehmen wollten, zeigt m.E. sowohl, dass wir gute Arbeit leisten, als auch, dass die Finanzierung über eine Solidargemeinschaft für die einzelne Kommune manchmal die bevorzugte Lösung zu sein scheint.

Soweit im Übrigen dann auch im Presseartikel gefordert wird, dass die Gemeinden Vorschläge unterbreiten sollen, darf ich mir den Hinweis erlauben, dass wir die Städte und Gemeinden unseres Kreises nicht nur ordnungsgemäß, sondern auch sehr frühzeitig an unserer Haushaltsplanung 2009 beteiligt haben.

Auf frühere Beteiligungen und Informationen, ich erinnere da z.B. an die Aufgabenkritik, möchte ich ergänzend Bezug nehmen.

Dass es zu keinen konkreten Einsparvorschlägen gekommen ist, mag auch daran liegen, dass in den letzten Jahren eher die Tendenz besteht, vom Kreis Leistungserweiterungen statt Leistungskürzungen zu fordern.

Anrede,
lassen Sie mich zuletzt noch einige genaue Zahlen nennen:

Nach der Veränderungsliste beträgt das Kreisumlagevolumen ca. 103 Mio. €.

Die Summe der Transferaufwendungen für Soziales einschließlich Jugend und Landschaftsumlage beträgt immerhin ca. 119 Mio. €, also weitaus mehr als die Kreisumlage.

Personal- und Sachkosten sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Verlässt man die Bruttowerte und stellt eine Nettobetrachtung an, so stellt man fest, dass sich der Zuschussbedarf des sozialen Sektors auf ca. 98 Mio. € addiert, das sind 75% des Gesamtzuschussbedarfs.

Und diese Zahlen verdeutlichen, was uns allen lange klar ist:

Wesentlicher Faktor unseres Haushaltes war, ist und bleibt der soziale Sektor.

Anrede,
nachdem ich Ihnen zu Beginn gedankt habe, möchte ich mich abschließend ebenfalls bedanken bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, die einmal mehr mit diesem Haushalt ihre Leistungsstärke und ihr großes Engagement bewiesen haben.

Ich denke, wir alle, Politik und Verwaltung, dürfen ein klein wenig stolz auf uns sein, wenn wir heute die Beratungen des Haushaltes 2009 vielleicht in einer großen Gemeinsamkeit zum Abschluss bringen.

Sie hätten dann auch ein Recht darauf stolz zu sein, denn es ist zu einem großen Teil auch Ihre Arbeit, die dazu beiträgt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.